Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 9. Landesparteitages
15.11.2025, Friedrichsruhe

Beschluss

AfD-Verbot prüfen – für einen konsequenten Antifaschismus!

Der Landesparteitag fordert die Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf, sich innerhalb der Landesregierung dafür einzusetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich der Bundesratsinitiative aus Bremen für eine ordentliche und rechtssichere Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens anschließt.

Bei der Sammlung der entsprechenden notwendigen Belege für ein solches Verfahren ist neben der Materialsammlung der Landesämter und des Bundesamts für Verfassungsschutz auch die Einbeziehung wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen nötig.

Ebenso geprüft werden sollen rechtliche Schritte gegen den sich aktuell in Gründung befindenden neuen Jugendverband der AfD und gegen die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Unabhängig von einem Verbotsverfahren bleiben die ganzheitliche Bekämpfung der extremen Rechten und Faschismus in allen ihren Ausprägungen eine wichtige Aufgabe für die gesamte Partei. Dazu fordert der Landesparteitag:

- die Zusammenarbeit der Partei die Linke mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Initiativen und Organisationen für ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Faschismus fortzuführen;
- antifaschistische Bündnisse bei kommenden Aktionen, insbesondere bei den Protesten gegen die Gründung des AfD-Jugendverbandes am 29.11. in Gießen, zu unterstützen;
- die Mandatsträger*innen der Partei die Linke in Mecklenburg-Vorpommern auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Finanzierung von Bussen aus M-V im Rahmen von "Widersetzen"-Aktionen zu spenden;
- die gute Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis "8. Mai Demmin" und allen weiteren Antifaschistischen Organisationen weiter fortzuführen.